

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Post, Pulsnitz und
Kommerz und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Versteht an jedem Werktag
Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,80 RM bei freier Zustellung; bei Abholung monatlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibehaltend

Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Letzennummer 14) mm Höhe 10 *Sp.* in der Amtshauptmannschaft Rammenz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm 30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Reklame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Frei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Rammenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Wetzbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Haupt- und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Rammenz, R. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Oborn, Obersteina, Niedersteina, Wetzbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thlomsdorf, Wittelsbach, Stehnaundorf, Wichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. A. Pöschel & Erben (Fab. A. B. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 275

Mittwoch, den 27. November 1929

81. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Viehählung

Nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 2. November 1929 hat am 2. Dezember 1929

eine Viehhählung stattgefunden, die sich auf Pferde, Maultiere, Maulesel, Esel, Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Federziege, Kaninchen und Bienenstöcke zu erstrecken hat und von städtischen Polizeibeamten vorgenommen wird.

Wer vorläufig eine Anzeige, zu der er auf Grund dieser V. O. aufgefordert wird, nicht erstattet oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit den in § 4 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 30. 1. 1917 (R. G. Bl. S. 81) angedrohten Strafen bestraft.

Pulsnitz, am 26. November 1929.

Der Stadtrat.

Enteignung

In dem Verfahren zur Enteignung der zur Verbreiterung der Lange Straße und Pulsnitzer Brücke in Pulsnitz erforderlichen Teile der dem Kaufmann Ernst Bernhard Schöne und der Helene verm. Hütsch geb. Hütsch gehörigen Grundstücke Nr. 25 und 28 des Flurbuchs für Pulsnitz wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Enteignungsplan und die sonstigen Enteignungsunterlagen während 3 Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ab an Amtsstelle der Amtshauptmannschaft Bausen auf der Ortenburg in Bausen und an Amtsstelle des Stadtrates zu Pulsnitz auf dem dortigen Rathaus zu jedermanns Einsicht ausliegen werden. Unternehmerin ist die Stadtgemeinde zu Pulsnitz.

Widersprüche gegen die bevorstehende Enteignung sind bei sonst eintretendem Verlust entweder vor oder spätestens in dem Enteignungstermin bei dem Unterzeichneten anzubringen.

An etwaige Nebenerbenteigte, denen ein dingliches Recht an den genannten Grundstücken oder ein darauf bezügliches persönliches Gebrauchs- oder Nutzungsrecht zusteht, wird hiermit die Aufforderung erteilt, solche Rechte und die hieraus abzuleitenden Entschädigungsansprüche spätestens im Enteignungstermin anzumelden, widrigenfalls sie die in diesem Termine getroffenen Festsetzungen gegen sich gelten zu lassen haben und bezüglich des Rechtes auf besondere Entschädigung im Enteignungsverfahren der Gefahr des Verlustes ausgesetzt sein würden.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß Entschädigung für Neubauten, neue Anpflanzungen und sonstige neue Anlagen, welche vom Beginn der Auslegung des Enteignungsplanes auf den genannten Grundstücken bewerkstelligt werden, soweit solche nicht durch die Notwendigkeit oder durch ordnungsmäßige Bewirtschaftung geboten sind, und die hierdurch herbeigeführten Werterhöhungen nur geltend gemacht werden können, wenn die Anlagen mit Zustimmung des Stadtrates Pulsnitz ausgeführt worden sind, oder soweit dadurch der Wert der traglichen Grundstücke für die oben erwähnte Straßenerweiterung selbst erhöht worden ist. Dies gilt auch gegen dritte Personen, an die nach Beginn der Auslegung des Enteignungsplanes Rechte an den genannten Grundstücken oder persönliche Nutzungs- oder Gebrauchsrechte der Stadtgemeinde Pulsnitz zu leistenden Gesamtschuldigkeiten sich erhöhen würde.

Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Beteiligten solche nur ihnen bekannte Umstände, aus denen Ansprüche auf außergewöhnlich hohe Entschädigungen hergeleitet werden könnten, im Enteignungsverfahren anzugeben haben, widrigenfalls diese Umstände bei der Entschädigungsfestsetzung im Enteignungsverfahren nicht berücksichtigt werden würden.

Enteignungstermin wird auf

Donnerstag, den 19. Dezember 1929, vormittags 10 Uhr 45 Min.

im Rathaus zu Pulsnitz anberaumt.

Bausen, am 23. November 1929

Dr. Raetner, Oberregierungsrat bei der Amtshauptmannschaft

Das Wichtigste

Als Nachfolger des Pfarrers Wolf Martowitz, der auf sein Mandat verzichtet hat, tritt Stadtrat Dr. Kleiner aus Bentschen als Abgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei in den Reichstag ein. Die Nationalregierung hat an den Völkerverbund und die Unterjemenmächte des Kelloggpatentes einen Aufruf erlassen, in dem die Nationen dringend aufgefordert werden, ein weiteres Vordringen der sowjetrussischen Armeen auf unabhäufigem Gebiet zu verhindern und Aufruf für den als bewußte Verletzung des Kelloggpatentes bezeichneten Einmarsch auf chinesischem Gebiet zu bestrafen.

Nochmals der 9. November

Fast schien es, als ob die zweite Lesung des Landtags über die Aufhebung des 9. November als Feiertag ruhig verlaufen sollte. Man konnte die Hoffnung haben, daß der Landtag nach langer Zeit wieder einmal ordnungsgemäß arbeiten werde. Man hatte dazu umso mehr Hoffnung, als der erste Punkt der Tagesordnung: Einspruch des Abgeordneten Dpitz (Komm.) gegen seinen Ausschluß ohne Debatte erledigt, der Einspruch als unberechtigt abgelehnt wurde. Dann begann die zweite Beratung über die Aufhebung der Revolutionsfeiertage. Den Bericht des Rechtsausschusses erstattete Abg. Dr. Eberle (Dn.), der für die Mehrheit beantragte: Das Gesetz vom 10. April 1922 aufzuheben, soweit es den 9. November betrifft; die übrigen hierzu vorliegenden Anträge beantragte die Mehrheit des Ausschusses abzulehnen. In der Aussprache gab Abg. Edel (Soz.) den Bericht der Minderheit; er gab dabei zu, daß es nicht auf die Dauer möglich sei, mit der Kärnobstruktion die Vorlage, die eine Provokation der Arbeiterschaft sei, abzulehnen. Er warf den Kommunisten vor, daß sie die reaktionären Bestrebungen dadurch unterstützt hätten, daß sie erklärten, der 9. November habe für sie keine Bedeutung. Den demokratischen Standpunkt gab Abgeordneter Dr. Dehne zu erkennen; seine Fraktion sei niemals für die Sonderfeiertage gewesen und deswegen stimmte sie der Regierungsvorlage zu. In seinen Ausführungen griff der sozialdemokratische Abgeordnete Schöning die Nationalsozialisten heftig an und bereitete so eine gewisse Kampfstimmung vor. Der nationalsozialistische Abgeordnete von Killinger kennzeichnete die programmatische sein sollenden langatmigen Ausführungen des Abgeordneten Schöning als „Mist“ und wurde deswegen zur Ordnung gerufen. Als dann der Landtagsabgeordnete Siebert erklärte, die Obstruktion der Linken sei eine Komödie gewesen und in der letzten Sitzung seien die Kommunisten etwas aus der Reihe getanz, weshalb die Vorbe zeitiger geplagt wäre, als die Sozialdemokraten es wollten, verloren die Sozialdemokraten ihre Ruhe. Nachdem Ministerpräsident Dr. Wünger festgestellt hatte, daß die Regierung zur Frage des 1. Mai keine Stellung genommen habe und daß die Formulierung des § 1 sich aus rein gesetztechnischen Gründen erkläre, kritisierte Abgeordneter Hermann (Komm.) die Maßnahmen des Präsidenten Weckel, der den Abgeordneten Dpitz

Französischer Feuerabwehrgürtel an der deutschen Grenze

Der Vorschlag der chinesischen Nationalregierung — Der russische Vormarsch geht weiter — Der sächsische Landtag beschließt Aufhebung des 9. November als Feiertag (s. Landtag)

Berlin. Ein Mitglied der französischen Heereskommission, der Deputierte Desiré Ferry, der kürzlich eine Inspektionsreise an die Nordost-Grenze Frankreichs unternommen hat, äußerte sich zu einem Vertreter des „Matin“ über seine Eindrücke von der Inangriffnahme der Befestigungsarbeiten an der deutsch-französischen Grenze.

Ferry betonte ausdrücklich, daß es sich keineswegs darum handelt, Milliarden in vereinzelte Befestigungswerke zu stecken, sondern daß ein System in Frage kommt, bei dem man sich der vollkommensten und modernsten Maschinen bedienen wird, die teilweise noch nicht einmal in Gebrauch gewesen sind. Ferry ist auf Grund von Instruktionen des früheren französischen Kriegsministers Painlevé in die ganzen Pläne eingeweiht worden und hat mehrere Tage unter Führung der Offiziere, die mit der Vorbereitung der Anlagen beauftragt sind, einen großen Teil der Anlagen besucht. Ferry plauderte von dem, was er da sah, u. a. aus, daß die Anlagen zur Unterflutung und zur Deckung der Streitkräfte und zum Schutze der lebenswichtigen Industriezentren sowie der Festungen Metz, Straßburg und Diedenhofen dienen sollen.

Die Festungswerke würden nicht nur den stärksten Geschossen widerstehen, sondern auch den Befugungen sicheren Schutz gegen Gasangriffe gewähren.

Die kürzlich unternommenen Versuche hätten zu überzeugenden Resultaten geführt. Der Ausbau der Wege und Eisenbahnen hinter dem Festungsgürtel sei bereits in vollem Gange. Im kommenden Frühjahr könne besonders längs des Rheins mit den Betonarbeiten begonnen werden. Die Vollendung des Verteidigungssystems werde etwa vier bis fünf Jahre in Anspruch nehmen. Dann, so erklärt Ferry, werde man jedoch die Gewißheit haben, daß die französische Grenze durch einen ununterbrochenen Feuerabwehrgürtel gesichert ist, an dem alle Angriffe scheitern würden.

Frankreich fordert neue Gebietsabtretung von Deutschland.

Mitteilungen eines Abgeordneten, die eine Aeußerung der Reichsregierung erfordern.

Der Zentrumsabgeordnete Hofmann, der an den Verhandlungen der August-Konferenz im Haag direkt teilgenommen hat, hat in Landau eine Rede gehalten, in der eine Andeutung darüber gemacht worden ist, daß gewisse französische Kreise ernsthaft ein kleines Gebiet Deutschlands an der jetzigen deutsch-elsässischen Grenze für sich beanspruchen.

Diese Erweiterung des Truppenübungsplatzes liegt bei dem deutschen Dorfe Ludwigswinkel. Die französischen Militärbehörden haben diesen Truppenübungsplatz sehr modern ausgebaut und haben das Bestreben, den Truppenübungsplatz in seiner ganzen Größe auch künftig zu be-

halten. Auf französischen Karten über die Räumung, die im Haag vorbereitet waren, war dieser Truppenübungsplatz teilweise bereits als französisches Gebiet, teils als ein Gebiet eingezeichnet, das trotz der Gesamträumung der dritten Zone nicht geräumt werden sollte. Im Haag hat man über diese Frage nicht weiter verhandelt. Es ist aber zu befürchten, daß

auf der zweiten Haager Konferenz diese Frage von französischer Seite wieder aufgeworfen wird, und zwar im Sinne eines Ausgleichs. Man will Deutschland für die Ueberlassung dieses deutschen Gebietes

Der neue Sitz der Rheinland-Kommission.



Infolge der Räumung der zweiten Zone hat die Rheinland-Kommission ihren Sitz von Koblenz nach Wiesbaden verlegt. Sie bewohnt dort das Hotel „Wilhelma“ vor dem französischen Militär die Wache hält — Das Bild zeigt die Ablösung der Wache vor dem Gebäude der Rheinlandkommission in Wiesbaden.



ausgeschlossen habe. Vizepräsident Dickmann weist wiederholt diese unberechtigte Kritik zurück. Der nationalsozialistische Abgeordnete Meyer bezeichnete den 9. November als den traurigsten Tag der deutschen Geschichte, als einen Tag der Schande. Dann kam der kommunistische Abgeordnete Sindermann zu Worte, der von den Sozialdemokraten mit dem Rufe „verpöchter Schauspieler“ empfangen wurde. Die Rede dieses Abgeordneten war aufreizend; als er dauernd von der „Verlogenheit“ des Oelschen Berichtes spricht, wurde er dreimal zur Ordnung gerufen und als er trotzdem unentwegt weiter sprach, verließ der Vizepräsident Dr. Eckardt wortlos seinen Stuhl. Die Sitzung war dadurch unterbrochen und Sindermann automatisch für 5 Sitzungen ausgeschlossen. Nach halbständiger Unterbrechung eröffnete Dr. Eckardt die Sitzung wieder. Sindermann war ebenfalls wieder da, verschwand aber dann schnell aus dem Saal. Kreishauptmann Bud erging sich in historischen Reminiszenzen und verlangte die Beibehaltung des 9. November als eines Tages, der den scharfen Trennungsstrich zwischen der Vergangenheit und dem neuen Deutschland gezogen habe. Herr Edel setzte sich dann noch einmal in langatmiger Weise mit den Kommunisten und Nationalsozialisten auseinander, und dann wurde die Sitzung noch einmal unterbrochen, weil die Kommunisten verlangten, daß der Ältestenausschuß zusammentrete, um zu prüfen, ob Sindermann zu Recht ausgeschlossen worden sei. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Altsozialisten und Demokraten wurde dieser Antrag angenommen.

Nach dieser Sitzung schritt das Haus dann zur Abstimmung; Die Regierungsvorlage auf Aufhebung des 9. November als Sonderfeiertag wurde mit 47 gegen 44 Stimmen angenommen. Die dritte Lesung, die noch stattfinden muß, wird aber an dem Ergebnis nichts mehr ändern können. Dann wurden gemeinsam die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge wegen Ergreifung von Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit usw. beraten. Die Anträge fanden in der Hauptsache nach den Vorschlägen des Ausschusses Annahme.

Vertische und sächsische Angelegenheiten

(Schützt die Wasserleitungen vor Frost!) Vor Eintritt in die kalte Jahreszeit ist es dringend erforderlich, Wasserleitungen und Wassermesser, die nicht frostfrei liegen, zu schützen. Die Anschlußnehmer der Wasserwerke sind für Schäden haftbar. Die Wasserleitungen in den Gärten dreht man am besten auf und läßt das Wasser im Keller an der Wasseruhr auslaufen, so daß das Rohr in der kalten Jahreszeit leer steht. Wasserleitungen und Wassermesser, die im Winter gebraucht werden, schütze man durch Umwickeln mit Stroh oder Lumpen. Vor allem soll man auf Wasserleitungen achten, die an Außenwänden liegen. Am besten entleert man auch diese vor Eintritt der kalten Nächte.

Niedersteina. (Lichtbilder-Vortrag.) Am vergangenen Sonnabend hatte der Homöopathische Verein zu einem Lichtbildervortrag „Das schöne Spanien“ eingeladen. Das schöne, neue Vereinszimmer von Snauds „Heiterer Blick“ war fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Der ruhige Vortragende hatte Herrn Studienrat Dr. Kreisig, Dresden, gewonnen. In schlichter Weise führte dieser an der Hand der Lichtbilder, die er selbst aufgenommen hat, durch das alte Kulturland Spanien und machte die Zuhörer mit Land und Leuten vertraut. Anschaulich erlebte man einen Stierkampf in Madrid. Man bewunderte die Alhambra bei Granada, das herrliche Denkmal arabischer Baukunst in Europa. Im Geiste wandelte man durch den wunderbaren Palmenwald bei Alicante. Lebhafter Beifall dankte dem Vortragenden für die genussreichen Stunden.

Großaundorf. (Schulabschlussprüfung.) Am vergangenen Montag fand im Zimmer 3 der hiesigen Schule die voraussichtlich letzte Schulabschlussprüfung im gegenwärtigen Verwaltungsabschnitt statt. Nach Bekanntgabe einiger Eingänge wird ein Besuch an das Volksbildungsministerium nach Vorschlag der Lehrerschaft über die Neueinführung einiger Lehrbücher zur Abstimmung gebracht und einstimmig gutgeheißen. Bezüglich der Schularzfrage soll Herr Dr. med. Fuchs, Pulsnitz, gebeten werden, aus verwaltungstechnischen Gründen das Amt des Schularztes wenigstens noch bis 31. März 1930 zu versehen. Von der endgültigen Abrechnung über das Schuljahr wird Kenntnis genommen und die Rechnung ohne besondere Stellungnahme seitens des Schulausschusses dem Schulbezirksvorstand zur Liquidierung überwiesen. Hierauf verliest der Schulleiter mehrere die breite Öffentlichkeit interessierende Beschlüsse einer am 7. November abgehaltenen Lehrerversammlung und gibt Aufschluß über verschiedene Anordnungen der Lehrerschaft. Hierauf erfolgt eine nichtöffentliche Sitzung, in der der vorjährige Unglücksfall Haufe besprochen wird.

Ohorn. (Märchenaufführung.) Auf die am Donnerstag, den 5. Dezember, im Ratskellerjaal in Ohorn stattfindende Kinderaufführung der dortigen Kindergottesdienstkinder wird aufmerksam gemacht. Zum Vortrag kommen neben Gesängen und Kindergottesdienst-Deklamationen das Märchen „Die Sternaler“ sowie der Märchenreigen „Aschenbrödel“. (Siehe Inserat in der Sonnabendnummer.)

Bauhen. (Die Bauhen Bahnhofsanlagen) haben in diesen Wochen eine bedeutsame Erweiterung erfahren. Dem großen Bauhen Lokomotivschuppen wurde eine mit allen technischen Neuerungen ausgestattete Reparaturwerkstatt angegliedert. Die Werkstatt enthält Schmiede, Schlosserei, Dreherei, Schleiferei und Werkzeugräume. Im Zusammenhang hiermit steht der Bau einer großen Achs-Senkanlage, die es ermöglicht, zur Reparatur einlaufende Maschinen hochzuwinden, wie das bisher geschehen mußte. Weiterhin wurden zwei große Stellwerke errichtet, eines an der Neufalger Eisenbahnbrücke, das andere bei Stiebig auf der Strecke

bietes des Truppenübungsplatzes ein Stück an der saarländisch-pfälzischen Grenze geben. Die Reichsregierung erklärt vorläufig, daß ihr von offiziellen Verhandlungen über die Abtretung des Truppenübungsplatzes nichts bekannt sei, und daß ihr auch nichts von einer Verlängerung der Besetzung dieses kleinen Teiles der dritten Zone bekanntgeworden sei.

In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags erstattete Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, einen ausführlichen Bericht über die Haager August-Konferenz und die weitere Entwicklung der Arbeiten zur Vorbereitung der Schlußkonferenz. Die Aussprache wurde durch umfangreiche kritische Äußerungen des Abgeordneten Graf Westarp (Dnat.) eröffnet. Als weitere Redner sprachen Abg. Frhr. v. Rheinbaben (Dt. Vpt.) und Abg. Stöcker (Komm.)

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Interpellation im Reichstag eingebracht, in der sie auf ein anscheinend mit Frankreich abgeschlossenes Eisenbahnabkommen eingeht.

Die Regierungsbefehle zur neuen Agrarzollvorlage.

In der letzten Woche sind in der Tagespresse Mitteilungen über den agrarpolitischen Inhalt der neuen Zollvorlage erschienen. Nachstehend wird über den endgültigen Inhalt der Regierungsvorlage von zuständiger Stelle mitgeteilt:

A. Auf dem Getreidegebiet: Die Preise für die Hauptgetreidearten sind zur Zeit ungenügend. Die Reichsregierung beabsichtigt durch eine Reihe von Maßnahmen für die einzelnen Getreidearten die Stabilisierung der Preise auf einem angemessenen Niveau zu erreichen. Es sollen deshalb für die Hauptgetreidearten und für die Erzeugnisse daraus bewegliche Zölle eingeführt werden. Als Normalzölle für Getreide sollen die gegenwärtigen autonomen Zölle gelten. Eine Veränderung dieser Zölle soll eintreten, wenn jeweils für die Zeitdauer zweier Monate die für die einzelnen Getreidearten festgesetzten Normalpreise überschritten oder unterschritten werden. Der Wehzzoll soll in Zukunft auf das 1½fache des jeweils geltenden Weizenzolls zuzüglich einer Schutzspanne von 3,75 Rm. festgesetzt werden. Um eine Handhabung für die Stützung der Roggenpreise zu bekommen, soll ein verstärkter Anreiz zur Verfütterung von Roggen gegeben werden. Es soll Roggen, für dessen Verbilligung bis zu 20 Millionen Rm. bereitgestellt werden sollen, aus den Erzeugergebieten des Ostens nach den Hauptverbrauchgebieten, namentlich im Westen, gebracht und von dort an Schweinemäster geliefert werden.

B. Vieh und Fleisch: Entsprechend den Beschlüssen des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstages sollen die Zölle für Rindvieh auf 27 Rm. und für Schafe auf 22,50 Rm. je Doppelzentner, die Mindestzölle auf 24,50 und 22,50 Rm. festgesetzt werden. Hinsichtlich des Schweinezollens wird davon ausgegangen, daß bei einem Preisstande von 70—85 Rm. je Zentner Lebendgewicht der gegenwärtige Zoll je Doppelzentner ausreicht. Wird der Preis von 70 Rm. unterschritten, so wird der Zoll um 50 Prozent erhöht, wird der Preis von 85 Rm. überschritten, so wird der Zoll um 50 Prozent ermäßigt.

Ein Vorschlag der Chinesischen National-Regierung zur Beilegung der Streitigkeiten mit Rußland

Berlin, 27. November. Die chinesische National-

Dresden-Börsitz. Auf Bahnhof Bauzen ist bekanntlich auch ein Hilfszug stationiert worden.

Böbau. (Zehn Mark Geldstrafe wegen unbefugten Betriebs einer Kraftfahrlinie.) Einem allgemeinen Bedürfnis entsprechend hatte der Autobesitzer Wante in Böbau regelmäßig jeden Donnerstag zum Wochenmarkt in Böbau Personenfabriken von Herwigsdorf bei Böbau nach Böbau veranstaltet, aber nicht vorher die Genehmigung dieser „Linie“ eingeholt. Da eine gewisse Regelmäßigkeit in der Art der Beförderung vorlag und die Lage der Stationen festgelegt war, mußte das Gericht zu einer Verurteilung kommen. Da es sich zunächst um einen Probebetrieb handelte und auch eine ganze Reihe mildernder Umstände berücksichtigt werden konnte, kam Wante mit einer Geldstrafe von zehn Mark davon.

Dresden, 26. November. (Der sächsische Landtag beschließt Aufhebung des 9. November als Feiertag.) Der sächsische Landtag nahm in seiner Dienstsitzung die Regierungsvorlage über die Aufhebung des 9. November als gesetzlichen Feiertag mit 47 Stimmen der Rechten gegen 44 Stimmen der Sozialdemokraten, Altsozialisten und Kommunisten an. Es folgte noch eine dritte Lesung, die aber kein anderes Ergebnis zeitigen wird.

Dresden. (Ein nichtverbotenes Marschlied.) Die „Dresdner Volkszeitung“ hatte sich in einer scharfen Kritik gegen den Leiter der Reichswehrkapelle des 10. Jäger Regiments gewandt, weil er auf einem Marsche das Lied „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“ hatte spielen lassen, sie hatte ferner durch einen Dresdner Reichstagsabgeordneten ihre Kritik dem Reichswehrminister Gröner übermitteln lassen mit dem Ersuchen, die Angelegenheit zu prüfen. Reichswehrminister Gröner hat darauf folgendes geantwortet: „Das Spielen des erwähnten Marsches durch die Kapellen ist nicht verboten. Ich halte ein Einschreiten dagegen nicht für notwendig, da es sich um einen historischen Marsch handelt. Als zum Kriege gehend kann von Zuhörern höchstens der Text der dritten Strophe des Liedes empfunden werden. Gesungen wurde das Lied aber nicht. Ich möchte dabei nicht verfehlen, den mit Bezug auf das Spielen dieses Marsches von der „Dresdn. Volksztg.“ gebrauchten Ausdruck „verhugenbergter deutscher Regimentskommandeur“, da durch nichts begründet, als ungehörig zu bezeichnen.“

Dresden. (Weckel als Präsident.) In der gestrigen Sitzung des Ältestenrates des Landtags gab Präsident Weckel u. a. die Erklärung ab, daß er nach wie vor

regierung hat durch Vermittlung der deutschen Botschaft in Moskau der Regierung der Sowjet-Union eine Erklärung überreicht, in der sie Vorschläge für eine Beilegung der Streitigkeiten mit Rußland macht. In der Erklärung wird einleitend festgestellt, daß sich die chinesische Nationalregierung ihrer Pflichten als Unterzeichnerin des Pariser Kriegs-ächtungsvertrages bewußt, stets bemüht habe mit allen Ländern nicht zuletzt auch mit Sowjet-Rußland friedliche Beziehungen zu unterhalten. Sie habe nach Abbruch der chinesisch-russischen Beziehungen durch die Sowjet-Regierung nie an der Grenze Schritte unternommen, die als Angriffslustig oder herausfordernd oder als im Mißverhältnis mit den Zwecken der Verteidigung stehend, angesehen werden könnten. Die Sowjetregierung habe bedeutende militärische Streitkräfte an die Grenze entsandt und mit Panzerwagen, Artillerie und Bombenflugzeugen wiederholt Angriffe auf die chinesischen Grenz-Garnisonen unternommen. Die Besatzungen der chinesischen Garnisonen hätten dagegen niemals Gegenangriffe gemacht und keinen Zoll vom Boden des Gegners betreten. Der Beweis hierfür könne durch Aussagen von neutralen Augenzeugen erbracht werden. Die chinesische Nationalregierung schlägt vor, daß beide Parteien sofort und gleichzeitig ihre Truppen auf eine Entfernung von 30 englischen Meilen von der Grenze zurückziehen. Für den Fall der Annahme obiger Vorschläge, die den einzigen Weg darstellen, den Frieden an der Grenze wieder herzustellen, ist die Nationalregierung — um ihre Aufrichtigkeit bei diesem Vorschlag zu beweisen — bereit, den gesamten Streitfall zwecks Schlichtung einer neutralen und unparteilichen Stelle zu unterbreiten, der beide Teile in Uebereinstimmung mit den bestehenden Gebräuchen für die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten beistimmen.

Blutbad in Hailar.

Die Russen verfolgen die Chinesen mit Bombenflugzeugen.

Nach Berichten aus Schanghai sollen die Russen bei der Einnahme Hailars ein furchtbares Blutbad angerichtet haben. Insgesamt 10 000 Soldaten und Einwohner Hailars sollen von den russischen Truppen erschossen und niedergemetzelt worden sein.

Nach Meldungen aus Peking haben die chinesischen Truppen an allen Teilen der mandchurischen Front vor dem Angriff der Russen den Rückzug angetreten. Dabei sollen sie plündern und brandschatzen. Die Stadt Charbin befürchtet große Unruhen. Die Russen haben mit Bombenflugzeugen die Verfolgung der fliehenden Chinesen aufgenommen. Der Rückzug der Chinesen soll in jämmerliche Flucht ausgeartet sein.

Der russische Vormarsch geht weiter

Tokio, 26. Novbr. Nach Meldungen aus Harbin setzen die russischen Truppen ihren Vormarsch gegen diese Stadt fort. Nach mehrstündigem Kampf gelang es den Russen, eine Eisenbahnstation, 270 Kilometer östlich von Harbin, zu besetzen. Russische Kavallerie versucht die ganze Eisenbahnstrecke bis Harbin zu besetzen. 15 000 Chinesen sollen gefangengenommen worden sein. Das Hauptquartier der roten Armee befindet sich nunmehr auf chinesischem Gebiet in Hailar.

im Sinne der Geschäftsordnung sein Amt führen werde. Das sei die Antwort auf die seinerzeit von den Regierungsparteien an ihn gerichtete Frage. Bekanntlich hatten die Mehrheitsparteien dem Landtagspräsidenten erklärt, daß sie zu seiner Geschäftsführung nicht mehr das erforderliche Vertrauen haben und daß er daraus die Konsequenzen ziehen möge. Voraussetzungen sind es nun zu einem Antrag der Regierungsparteien kommen, der auf eine entsprechende Aenderung der Geschäftsordnung hinausläuft.

Freiberg. (Eine interessante Statistik.) Bei der Stadtverordnetenwahl am 17. ds. Mts. wurde in Freiberg getrennt nach Geschlechtern gewählt. Nach der endgültigen Berechnung entfielen von den abgegebenen gültigen Stimmen auf die einzelnen Parteien

	Männer	gegen	Frauen
Sozialdemokraten	30,62		27,16
Wirtschaftspartei	14,36		16,33
Deutschnationale	11,12		14,34
Deutsche Volkspartei	9,63		13,44
Hausbesitzer	5,92		6,67
Kommunisten	6,61		3,83
Demokraten	4,02		3,82
Nationalsozialisten	16,69		13,84
Unabhängige Sozialdemokraten	0,86		0,57

Leipzig. (Ein Gendarm auf offener Landstraße niedergeschlagen — Täter unerkannt entkommen.) Am Dienstag nachmittag ist der in Borna stationierte Gendarmehauptwachmeister Pfützner, als er sich auf einer Dienstreife von Dittmannsdorf nach Borna befand, von einem unbekanntem Mann überfallen worden. Der Unbekannte schwang sich von hinten auf das Rad des Wachmeisters und schlug dem Beamten einen Revolverknopf ins Gesicht; mit gebrochenem Nasenbein und schweren Kopfverletzungen ist Pfützner liegen geblieben. Ein Ueberfallkommando der Schutzpolizei in Leipzig und eine Leipziger Kriminalabteilung mit Spürhunden machten sich auf die Suche nach dem geflüchteten Täter; bisher haben die Ermittlungen noch keinen Erfolg gezeitigt. Eine Beschreibung des Täters konnte noch nicht gegeben werden. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Mann, der in der Umgebung Borna gebettelt hatte; der Gendarmehauptwachmeister von Borna war wegen dieses Bettlers telefonisch herbeigerufen worden und man nimmt an, daß der Vagabund davon Wind bekommen hatte und den Beamten unterwegs auf-lauerte. Der verletzte Wachmeister selbst hat Angaben noch nicht machen können.

Planen. (Selbstmord des Vorsitzenden der Bogtländischen Credit-Bank) Der Vorsitzende der Bogtländischen Credit-Bank A.-G., die bekanntlich ihre Zahlungen eingestellt hat, der Kaufmann Hugo Lang, hat sich nach seiner Vernehmung auf der Polizeiwache erschossen. Lang war in Schutzhaft genommen worden. Plötzlich zog er einen Revolver und brachte sich, ehe es die Beamten verhindern konnten, einen Schuß in die Schläfe bei. Der herbeigeholte Arzt ordnete die Ueberführung nach dem Krankenhaus an, auf dem Transport dahin ist Lang gestorben. Er soll sich Verletzungen als früherer Gesellschafter einer G. m. b. H. zu Schulden gekommen lassen haben. Die Vernehmung selbst stand mit den Zahlungseinstellungen der Bogtländischen Credit-Bank in keinerlei Zusammenhang.

Annaberg. (Um den Anna-Fahrmarkt.) Dem Hauptauschuß der Gewerbetreibenden Chemnitz lag ein Antrag der Ortsgruppe Annaberg des Reichsverbandes ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands vor, den alljährlich am Sonntag Latäre und den in der letzten Woche des Monats Juli stattfindenden Anna-Fahrmarkt in Annaberg zu verlegen, und zwar ersteren auf vierzehn Tage nach Ostern, den Sommermarkt auf den ersten Sonntag im August. Der Hauptauschuß der Kammer sprach sich aus den von der Antragstellerin angeführten Gründen für die nachgeordnete zeitliche Verlegung der beiden Märkte aus, zumal er darin keinerlei Schädigung und Nachteile für die ansässigen Ladengeschäfte zu erblicken vermochte. Einer gleichzeitig nachgeforderten Verlängerung der Verkaufsstunden bis 10 Uhr abends an den Jahrmärkten konnte der Hauptauschuß dagegen nicht zustimmen. Auch hielt er die bei dieser Gelegenheit von verschiedenen Seiten beantragte Rückverlegung der jetzt auf dem Kätplatz stattfindenden Jahrmärkte in die Stadt im Interesse der Annaberger Geschäftsleute für dringend wünschenswert und ersuchte, diesem Wunsche, wenn die Verkehrsverhältnisse es irgendwie gestatten, zu entsprechen.

Werra. (Die Roberbachtalsperre wird zum Fischteich gemacht.) In den großen Stausee der Roberbachtalsperre, deren Wasserinhalt man jetzt auf 280 000 Kubikmeter schätzt, sind vor wenigen Tagen alle möglichen Sorten Fische eingesetzt worden, zahlenmäßig über 100 000, deren Einzelgewicht zwischen 100 und 120 Gramm schwankt. Natürlich sind darunter besonders viel Karpfen, während man noch einige tausend Aale einsetzen will. Die Beschickung nahm die Fischzuchterei Linde, Scharandt, vor. Um einen Ausgleich für die Fischkosten zu schaffen, wird man Angellkarten ausgeben. Damit hat die bei Dresden befindliche Talsperre Malter gute Geschäfte gemacht. Davon kann man hier heute und morgen noch sprechen, sondern wird erst einige Jahre vergehen lassen müssen; erst dann wird es sich zeigen, in welchem Maße das neue Geschäft sich lohnen wird.

Sohrenstein-Ernstthal. (Autounfall.) In der Nähe des Gasthauses „Zur Sonne“ in Gersdorf ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, der ein Menschenleben forderte. Der in Oberlungwitz wohnhafte 79-jährige Wilhelm Breiß wurde von einem Auto, das nicht abgebremst hatte, am Sehen verhindert, so daß er vom Fußsteig abwich und direkt in ein hinter ihm kommendes Auto lief. Er wurde überfahren und schwer verletzt in seine Wohnung gebracht, wo er seinen Verletzungen erlegen ist.

Krimmischau. (Drei Jahre Gefängnis für Brandstiftung.) Aus der Brandserie, die im Frühjahr die Krimmischauer Gegend heimsuchte, wurde jetzt einer der Brandstifter verurteilt. Er hatte sich seinerzeit sofort nach Ausbruch der von ihm in Brand gesteckten Gablenzer Scheune der Polizei freiwillig gestellt. Der Täter ist der Berginvalide Böhm. Er hatte im Rittgut wegen Beschäftigung vorgesprochen und war wegen Nichterfüllung auf den Gedanken gekommen, durch Brandstiftung Rache zu suchen. Wegen vorsätzlicher Brandstiftung ist er zu drei Jahren Gefängnis und zu drei Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Brüder in Not.

Kirchliche Hilfsaktion für die Rußland-Bauern.

Genf. Die Europäische Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktionen in Genf, deren Ausführungskomitee der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenauschusses, Dr. D. Kasper, angehört, hat die evangelische Welt diesseits und jenseits des Ozeans zur Hilfeleistung für die evangelischen Rußland-Bauern aufgerufen.

Unter Beteiligung der großen evangelischen Verbände ist ein evangelischer Hilfsauschuß „Brüder in Not“ ins

Leben gerufen worden. Die Geschäftsführung liegt beim Zentralauschuß für innere Mission. Dieser Auschuß, der in enger Fühlung mit dem Reichsausschuß „Brüder in Not“ steht, wird die Sammlung von Geld und Sachspenden der evangelischen Volkstreu unterstützen, und die Frage der seelsorgerischen Hilfe für die nach Deutschland kommenden Rußland-Bauern sowie gegebenenfalls der besonderen Betreuung der Kinder, Jugendlichen und Alten seine Aufmerksamkeit zuwenden. Ein Zentralsammelkonto unter der Bezeichnung „Brüder in Not“ (Postcheckkonto Berlin-Dahlem, Zietenstraße 24, Berlin 36 995) ist beim Zentralauschuß für innere Mission eingerichtet worden, dem Nebenstellen für die Geldspenden in den Ländern und Provinzen folgen.

Ostpreußen warnt.

Schwere Sorgen wegen der deutsch-polnischen Verhandlungen. In einem Brief an den Reichsaussenminister Curtius weist der „Seimatbund Ostpreußen“ auf die schweren Sorgen Ostpreußens wegen der schwebenden deutsch-polnischen Verhandlungen hin. Der Brief betont, daß der Versuch einer Veroppelung von Young-Plan und deutsch-polnischen Liquidationsausgleich in dem Pariser Sachverständigenbericht keine Grundlage finde und jagt weiter: Eine Verpflichtung Ostpreußens zum Verzicht auf seine Mehrforderungen an Polen könnte in Verbindung mit den Haager Abmachungen nur bei Vorhandensein eines der deutschen Öffentlichkeit bisher nicht bekanntgegebenen besonderen Geheimabkommens bestehen. Es scheint uns für die deutsche Öffentlichkeit kaum tragbar zu sein, daß sie hinsichtlich eines für den deutschen Osten lebenswichtigen Abkommens im wesentlichen auf polnische Mitteilungen angewiesen ist. Ein Gerücht behauptet, der sogenannte Warschauer Vertrag sei nicht nur paraphiert, sondern bereits unterzeichnet.

Eine Interpellation im Reichstag geht auf die noch nicht amtlich mitgeteilten Abkommen mit Polen ein und befragt die Reichsregierung, ob sie bereit sei, dem Reichstag alsbald Auskunft über den Stand der Verhandlungen zu geben, insbesondere über den Wortlaut des paraphierten Abkommens und authentische Zahlen über das Ausmaß der beiderseitigen Zugeständnisse mitzuteilen. Ferner wird die Regierung befragt, ob sie bei den Verhandlungen die lebenswichtigen Interessen der deutschen Wirtschaft und Landwirtschaft besonders in der Ostmark sowie die berechtigten Forderungen der Deutschen diesseits und jenseits der heutigen Grenze wahre.

Rückwirkungen der belgischen Kabinettskrise auf die Haager Konferenz?

Brüssel. Der Rücktrittbeschuß des belgischen Kabinetts Jaspar ist für die Öffentlichkeit überraschend gekommen. Vor wenigen Tagen schien es, als ob die Frage der Flaminierung der Universität Gent in der Form, in der sie Jaspar vorzuschlug, auch die Zustimmung der Liberalen finden würde. In einer Sitzung der liberalen Minister stellte es sich jedoch heraus, daß die Zugeständnisse an die französisch sprechenden Teile der Bevölkerung nicht ausreichten, um die Liberalen zu befriedigen. In einem Kabinettsrat wurde eine Einigung vergeblich versucht, und die Beratungen endeten mit dem Beschluß, dem König die Gesamtmmission des Kabinetts anzubieten. Ueber die Aussichten einer Neubildung des Kabinetts läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Als ziemlich sicher gilt es, daß die liberalen Minister nicht in das Kabinett zurückkehren werden.

Die belgische Kabinettskrise kann eine sehr ernste Rückwirkung auf die zweite Haager Konferenz

haben. Der jetzt zurückgetretene belgische Ministerpräsident Jaspar ist der Vorsitzende der Haager Konferenz und hatte die Aufgabe, die zweite Konferenz vorzubereiten. Vorläufig wird Jaspar diese Aufgabe nicht weiter übernehmen können, und vielleicht wird man in Frankreich die belgische Ministerkrise zu einer weiteren Verzögerung der Vorverhandlungen benutzen.

Die Reichsbahn unter dem Young-Plan.

Paris. Ueber die Verhandlungen des Unterausschusses für die Angleichung des bisherigen Reichsbahngesetzes an den Young-Plan verlaufen nunmehr folgende Einzelheiten: Aus dem bisherigen Verwaltungsrat der Reichsbahn scheiden die ausländischen Vertreter aus, wodurch die Ansprüche der bisher unberücksichtigten deutschen Eisenbahnländer auf Vertretung im Verwaltungsrat wieder in den Vordergrund treten dürften. Die Funktionen des Eisenbahnkommissars, des Franzosen L e v e r v e, gehen im wesentlichen auf den Reichsverkehrsminister über. Die Reichsbahngesellschaft behält ihre Eigenschaft als

privates und unabhängiges Unternehmen ohne Einmischungsrecht der deutschen Reichsregierung.

Die Rechts-, Dienst- und Besoldungsverhältnisse der Reichsbahnbeamten sollen nach den für die Reichsbeamten ge-

troffenen Vorschriften geregelt werden. Die Forderung der Personalvertreter, für alle Angestellten und alle Arbeiter der Reichsbahn die lohn tarifliche Regelung eintreten zu lassen, wurde abgewiesen, nachdem die Vertreter der Reichsbahn darauf hingewiesen hatten, daß diese Forderung eine jährliche Mehrausgabe von 300 Millionen Mark zur Folge haben würde. Die Entscheidung über den vorliegenden Entwurf wird im Haag fallen.

Die zweite Zone am Sonnabend geräumt.

Einziehung der Trikolore auf Ehrenbreitstein.

Koblenz. Es steht nunmehr fest, daß am Sonnabend, dem 30. November, vormittags die Trikolore auf der Festung Ehrenbreitstein eingezogen werden wird und dadurch der Schlußakt einer elfjährigen Besatzungszeit stattfindet. Infolgedessen plant man eine Befreiungsfeier in der Nacht zum Sonntag, dem 1. Dezember, die um 12 1/2 durch eine Beleuchtung des alten Kaiserdenkmals am Deutschen Eck, am Zusammenfluß von Rhein und Mosel, eingeleitet werden wird.

Punkt 12 Uhr, um Mitternacht, gibt eine Signalgranate das Zeichen zum Entflammen der Freudenfeuer am Rhein, an der Mosel und auf der Festung Ehrenbreitstein. Gleichzeitig werden

alle Kirchenglocken von Koblenz und den Ortsgemeinden des Mittelrheins läuten.

Am Deutschen Eck selbst werden die bei der Befreiungsfeier Versammelten drei Minuten stillen Gedenkens den Gefallenen des Weltkrieges widmen, dem sich der Gesang des Liedes „Großer Gott, wir loben dich“ anschließt. Nach einer Ansprache des Koblenzer Oberbürgermeisters am Kaiserdenkmal wird auf der Festung Ehrenbreitstein die Reichsflagge gehißt werden.

Am Sonntagvormittag finden in allen Kirchen der Stadt Koblenz Festgottesdienste statt. Musikkapellen und Trommlerkorps werden durch die Stadt ziehen, während an verschiedenen Stellen öffentliche Platzkonzerte geboten werden. Um 12.55 Uhr wird die deutsche Schutzpolizei unter Vorantritt der Kölner Schupofapelle in Koblenz einrücken und vor den Spitzen der Behörden und der Bevölkerung am Koblenzer Schloß aufmarschieren. Daneben finden noch weitere Feste statt.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing den Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Dr. Freiherr Langwerth v. Simmern.

Eingefandt

Zum Erlaß betr. Sperre unserer Wasserhauptleitung in der getrigen Zeitung: Wir fügen uns gern der Anordnung und wollen nur sehen, daß wir alle vorrätigen und zur Verfügung stehenden Gefäße noch vor 7 Uhr füllen können.

Einige höherliegende Pulsnitzer Einwohner, die wir ein halbes Jahr die Zähne schon offen haben, ohne daß es „dräbeld“ — nur ein Raufchen ist vernehmbar. F. R. / R. St.

Weiße und gesunde Zähne. „Da ich schon seit Jahren meine Zähne mit Ihrem hochgeschätzten „Chlorodont“ und Ihrer Chlorodont-Zahnbürste pflege, so will ich Ihnen meine Anerkennung für Ihre Präparate entgegenbringen, denn meine Zähne sind weiß und gesund, daß mich meine Freunde und Bekannten darum beneiden.“

Gez. Karl Stein, Elbersberg/Saar.

Landeswetterwarte Dresden

(Nachdruck verboten)

Bolzig bis zeitweise aufklärend, geringer Temperaturrückgang, besonders nach kühler Nacht, mit Ausnahme der hohen Gebiete, noch kein Frost. In den Mittagsstunden im Flachland für die Jahreszeit schwache bis mäßige östliche bis südliche, Gebrige mäßige südliche bis südwestliche Winde, im oberen Erzgebirge Temperatur um den Nullpunkt schwankend.

Sport

Erziehung zur Sportlichkeit

Gegen die wiederholten Ausartungen von Fußballspielern wendet sich ein zum VMBV gehörende. Thüringer Verein in seiner Vereinszeitung mit folgenden beachtenswerten Zeilen: Wir können Spiele verlieren, ohne uns sportliche Gemeinheiten zu erlauben! Wir sind aber auch bereit, die letzte Konsequenz zu ziehen und nötigenfalls gegen Mannschaften nicht anzutreten, gleichviel ob es sich um wichtige Meisterschaftspunkte oder auch um finanziellen Ausfall handelt! Wir müssen nicht Meisterschaftsspiele austragen um jeden Preis! Der Ruf des Vereins und das Wohl unserer Mitglieder stehe uns höher!

Sicherlich bekennt sich zu dem gleichen Geist, wer aus diesen Zeilen spricht, eine stattliche Reihe weiterer Verbandsvereine, so daß es deren Verhalten wohl ermöglichen müßte, auf solche Vereine, die als Urheber unliebsamer Vorkommnisse auf den Spielfeldern aufstreten, Einfluß auszuüben und sie zu der dringend erwünschten Rückkehr zur Sportlichkeit zu veranlassen, wirksamer als es durch Strafen und Maßregelungen geschehen kann.

Wer macht's nach? — Ein Ehepaar erringt das goldene Turn- und Sportabzeichen

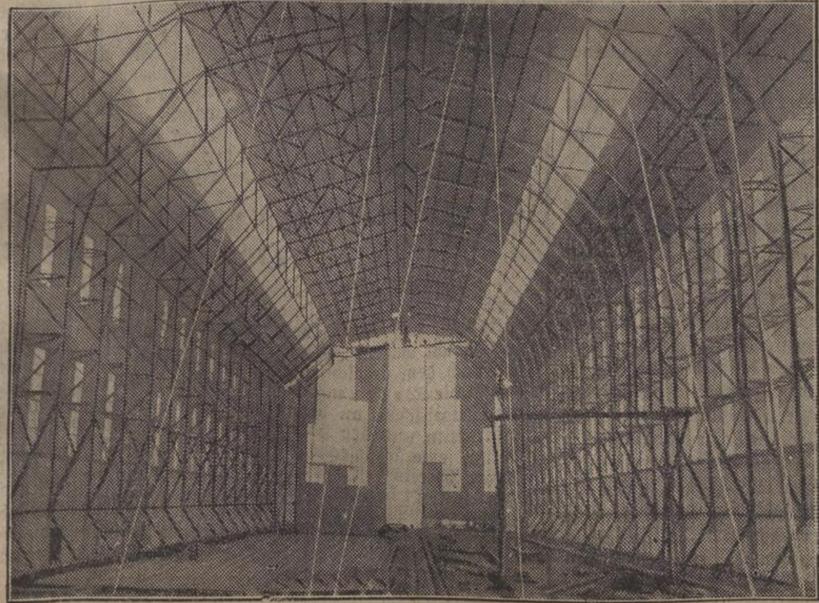
Einem bisher einzig dastehender Erfolg kann das Ehepaar Margarete und Fritz Tempel aus Magdeburg verzeichnen. Beide, die dortigen Eridet Viktoria als Mitglieder angehört, erwarben in diesem Jahre das Turn- und Sportabzeichen in Gold. Bedingung für diese Verleihung ist, daß die vorgeschriebenen körperlichen Mindestleistungen aus 5 verschiedenen Übungsarten in einem Alter von mindestens 40 Jahren vollbracht werden.

Deutsche Ringer siegen über Schweden. Bei einer Ringkampfb.-Veranstaltung in Berlin siegte die Sportvereinsvereinigung Ost gegen die schwedische Ringermannschaft Spartak Moskwa 4:3.

Dr. Max Dersch. Der internationale Schiffsbau und Segelsport seit mehreren Jahrzehnten bestens bekannte Hamburger Werftbesitzer und Sachkonstrukteur Dr. Max Dersch, ist in Hamburg im Alter von 59 Jahren verstorben.

Internationales Billardturnier. Bei einem internationalen Billardturnier in Berlin siegte Soussa (Ägypten) über van Belle (Belgien).

Rheinland schlägt Hamburg im Tennis. In der Essener Tennishalle kam der Tennistampf Rheinland gegen Hamburg zur Durchführung, den die Rheinländer knapp mit 4:3 Punkten, 10:7 Spielen und 87:84 Sätzen zu ihren Gunsten entschieden.



Die neue Zeppelinhalle im Kobbau vollendet.

Die neue Luftschiffhalle für den Zeppelin in Friedrichshafen ist bereits im Rohbau fertiggestellt. Sie wird Anfang Dezember ihrer Bestimmung übergeben werden können. Gleichzeitig soll mit dem Bau eines neuen Zeppelins, des „Z 128“ begonnen werden. — Blick in die neue Zeppelinhalle in Friedrichshafen.



Sitzung der Gewerbekammer Zittau

am 18. November 1929.

Die dritte diesjährige Sitzung der Gewerbekammer Zittau fand am 18. November im Sitzungssaale der Kammer statt. Die Tagesordnung umfaßte 10 Punkte.

Ueber das Ergebnis der Kammerwahlen berichtete Kammerpräsident Pech. Da nur je ein Wahlvorschlag seitens des Handwerks und des Nichthandwerks eingereicht worden ist, gelten die vorgeschlagenen nachstehend aufgeführten Kandidaten als gewählt:

A. Abteilung: Handwerk.

Schneiderei- und Obermeister Oswald Pech, Niedercunnersdorf, Buchdruckermeister Innungsoberrmeister Hermann Engelhardt, Großschönau, Klempnerobermeister Richard Busch, Löbau, Baumeister Innungsoberrmeister Wenzel Kahl, Zittau, Fleischerobermeister Oskar Wobst, Zittau, Malerobermeister Karl Zimmermann, Pulsnitz, Tischlerobermeister Gustav Schmidt, Bauhen, Schuhmacherobermeister Gustav Janke, Bischofswerda, Bäckerobermeister Richard Seiler, Bauhen, Schmiedobermeister Bernhard Baumann, Demitz-Thumitz, Kürschnermeister Paul Goldberg, Hirschfelde.

B. Abteilung: Sonstige Gewerbe.

Vereid. Bücherrevisor Edmund Herrlich, Döbin, Kaufmann Max Bock, Eibau, Kaufmann Reinhold Müller, Kirchschau, Fremdenhofbesitzer und Gastwirt Julius Juraste, Bauhen, Drogerie Theodor Horn, Bretznig, Markt Händler Ernst Schurig, Zittau, Dentist Karl Heinz Deibel, Lauschnitz.

Auf Vorschlag des Syndikus wurde der Kammerbeitrag für das Rechnungsjahr 1929/30 auf 3 v. H. des tarifmäßigen Steuerbetrages vom Durchschnitt des gewerblichen Einkommens der Jahre 1926, 1927 und 1928 festgesetzt und als Fälligkeitstermin der 15. Februar 1930 bestimmt. Wie der Präsident bekanntgab, sind seit der letzten Kammeritzung (14. 8. 1929) je ein Ehrenzeichen in Silber und in Bronze, 2 Ehrenmeisterbriefe, 1 Ehrenurkunde und 3 Anerkennungsurlaube verliehen worden. Den Bericht über den 3. diesjährigen jährlichen Gewerbetag am 28. Oktober 1929 in Zittau erstattete stellv. Präsident Butschke. An dieser Tagung haben der Präsident, sein Stellvertreter und der Syndikus teilgenommen. Auf der Tagesordnung standen folgende wichtigere Punkte:

1. Berufsausbildungsgesetz,
2. Gewerbelehrausbildung,
3. Einheitliche Regelung der Verkaufszeiten vor Weihnachten,
4. Gesetzlicher Zwang zur Ab- und Ummeldung erloschener Gewerbebetriebe,
5. Einheitliche Lehrlingsvorschriften für das Steinsetzer- und Straßenbauerhandwerk,
6. Dauer der Lehrzeit für das Stellmacher- und Wagenbauerhandwerk.

Volle Zustimmung fand folgende vom Rm. Herrlich vorgebrachte Entschließung:

„Kauf inländische Erzeugnisse!“ Die ungeheure Notlage im Grenzgebiet, die bereits seit einigen Jahren mit anhaltender Schärfe herrscht, hat auch unsere Kammer wiederholt veranlaßt, Behörden um Abwehrmaßnahmen aller Art zu bitten. Trotz aller Bemühungen, der Notlage im Grenzgewerbe zu steuern und trotz der in den letzten Jahren im Interesse einzelner Gewerbebetriebe getroffenen Maßnahmen ist eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Bewohner des Grenzgebietes nicht eingetreten; im Gegenteil besteht die Befürchtung, daß sich die Lage des Grenzgebietes noch schwieriger gestalten wird. Was vor allem dem notleidenden Gewerbe fehlt, ist die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit. Die Kammer hat sich wiederholt dafür eingesetzt, daß vor allem dem Schneider- und Schuhmacherhandwerk Aufträge in größerem Umfange zugeführt werden.

Durch behördliche Maßnahmen allein kann jedoch der Notlage von Handel, Handwerk und Gewerbe im Grenzgebiet nicht gesteuert werden. Die Wettbewerbsverhältnisse dieses und jenseits der deutsch-tschechoslowakischen Grenze sind auch heute noch so verschiedenartig, daß der Anreiz, den Bedarf im Auslande zu decken, für Teile unserer Bevölkerung noch immer groß ist. Bei der engen Verbundenheit der einzelnen Wirtschaftszweige und Berufsstände muß natürlich die Lage des einen oder anderen Berufsstandes auf die übrigen Berufsstände von Einfluß sein. Wenn daran liegt, daß unsere deutsche Wirtschaft und insbesondere die Berufs- und Gewerbebetriebe unserer engeren Heimat lebensfähig erhalten bleiben, bedeuten den Bedarf im Auslande ein. Jede Maßnahme, die in das Ausland gebracht wird, schwächt das inländische Volksvermögen und schädigt die heimische Wirtschaft.

Vor allem geht dieser Ruf an die Kreise des gewerblichen Mittelstandes, denen in erster Linie daran gelegen sein muß, ihre eng verbundenen Volksgenossen zu schützen. Handwerker und Gewerbetreibende, laßt darum eueren Bedarf bei einander gegenseitig im Inlande!

In der Aussprache geißelte man vor allem auch die Tatsache, daß noch zahlreiche Handwerker Mitglieder von Konsumvereinen seien.

Seit mehreren Monaten hat sich die Kammer mit der Frage der Abhaltung landmaschinen-technischer Lehrgänge für Angehörige des Schmiedegewerbes beschäftigt. Der Gedanke, Lehrgänge der erwähnten Art für die in Betracht kommenden Bezirkseingetragenen des Kammerbezirks zu veranstalten, hat allgemein Anklang gefunden. Nach mehrfachen Beratungen mit den beteiligten Kreisen, u. a. auch mit der Versuchsanstalt für Landarbeitslehre in Pommitz und zuletzt mit der Direktion der Industrie- und Gewerbeschule zu Bauhen, soll nach Mitteilung des Syndikus der Kursus nunmehr am 30. November an der genannten Schule beginnen und sich auf insgesamt 88 Stunden erstrecken. Stellvertretender Präsident Engelhardt berichtete, daß eine Umfrage in den Kreisen der Bezirkseingetragenen ergeben habe, daß man die Verlängerung der Wohnungszwangswirtschaftsgesetze, die bekanntlich am 31. März 1930 ablaufen, ablehne. Die Kammer schloß sich dieser Stellungnahme an. Die Forderung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, daß die Auflösung eines Ladenmietvertrages nur beim Vorliegen wichtiger Gründe stattfinden darf, sieht die Kammer für zu weitgehend an. Eine Umgestaltung bzw. ein Abbau der Mietzinssteuer wurde erneut gefordert. Man wünschte, daß die Mietzinssteuer, solange sie aufrecht erhalten wird, lediglich dem Wohnungsbau zugute kommt. Der Syndikus berichtete ferner über die rationelle Gestaltung der berufständischen Gemeinschaftsarbeit im Handwerk und kam hierbei auf die Arbeiten des Rationalisierungsausschusses des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamertages und des Reichsverbandes des deutschen Handwerks zu sprechen. Auf Vorschlag von Rm. Kahl wurde die Lehrzeit für das Steinsetzer-, Pflasterer- und Straßenbauerhandwerk auf 3 1/2 Jahre = 4 Baujahre festgesetzt und das weitere beschlossen, die von dem Reichsverband für das Steinsetz-, Pflasterer- und Straßenbauerhandwerk e. V. Leipzig im Einvernehmen mit der Arbeitnehmerschaft aufgestellten Richtlinien über die Lehrlingshaltung und -ausbildung einer nochmaligen Beratung im Ausschusse zu unterziehen. Bezüglich der Lehrzeit im Stellmacherhandwerk billigte man auf Vorschlag von Kammermitglied Busch den Standpunkt des Gewerbeamertages vom 28. Oktober 1929, auf dem beschlossen wurde, dem Landesverband sächsischer Wagenbauer- und Stellmachermeister von dem Ergebnis der Umfragen in den einzelnen Kammerbezirken Kenntnis zu geben und ihm zu empfehlen, zunächst von sich aus auf die Innungen, die sich gegen die 4jährige Lehrzeit erklärt haben, dahin einzuwirken, daß sie ihren Widerstand gegen die 4jährige Lehrzeit fallen lassen; sobald der Verband sich der Zustimmung der noch abweisenden Innungen vergewißert hat, würden die Kammermitglieder den Antrag weiterzuvorführen. Am Ende der Sitzung verabschiedete der Präsident die am 31. Dezember d. J. ausstehenden Kammermitglieder Butschke, Philipp, Lehmann, Hein, Seltenreich, Wismann und Klesch. Der Präsident wies hierbei darauf hin, daß das Amt eines Kammermitgliedes ein hohes Maß von Arbeit und Aufopferung im Interesse der Kammerangehörigen erfordere. Von den Bezirkseingetragenen werde dies nicht genügend anerkannt. In der Öffentlichkeit werde nur über die Vollversammlungen berichtet, so daß nur ein geringer Teil der umfangreichen Tätigkeit der Gewerbekammer und ihrer Mitglieder äußerlich in Erscheinung trete. Insbesondere erfahren das Handwerk und Gewerbe sehr wenig über die außerordentlich vielseitige Arbeit und starke Belastung der Kammermitglieder in den einzelnen Ausschüssen, deren Tagesordnungen vielfach 30-40 Punkte umfaßten und deren Sitzungsdauer oft 5-6 Stunden betrage. Eine nicht unwesentliche Arbeit für die Kammermitglieder bilde die Teilnahme an Gesellen- und Meisterprüfungen und die Berichterstattung auf Anfragen der Kammer, die Beratung der Innungen und sonstigen Berufsorganisationen sowie auch die Auskunfterteilung an einzelne Gewerbetreibende. Bei alledem müsse bedacht werden, daß das Amt eines Kammermitgliedes ein Ehrenamt sei, und daß nur die notwendigen baren Auslagen vergütet würden. Der Präsident dankte den ausstehenden Mitgliedern für ihre jahrelange wertvolle Mitarbeit und zeichnete sie durch Ueberreichung von Ehrenurkunden aus. Er sprach die Hoffnung aus, daß die genannten Herren auch in Zukunft stets treu zum gewerblichen Mittelstand und zu seiner geselligen Berufsvertretung halten mögen. Die ausstehenden Kammermitglieder dankten der Kammer für ihre Auszeichnung. Die Sitzung fand gegen 2 Uhr ihr Ende.

Nach erfolgter Uebernahme des Geschäfts meiner Mutter empfehle ich dem sehr geehrten Publikum von Pulsnitz und Umgegend meine modern und behaglich ausgestatteten Räumlichkeiten sowie meine Ia Konditorei-Erzeugnisse einer gütigen Beachtung. Um regen Zuspruch bittend, zeichnen hochachtungsvoll Arthur Lau und Frau Konditorei und Café Neumarkt 7



Singer-Nähmaschinen-Aktiengesellschaft Kamenz i/Sa., Herrenstrasse 7

Konsumverein Pulsnitz
Donnerstag: Seefisch!!
Pfund 35 Pfg.

Geschäfts-Drucksachen

In geschmackvoller Ausführung liefert schnell u. preiswert

die Buchdruckerei des Pulsnitzer Tageblattes

Ergrautes Haar

erhält seine ursprüngliche frische Farbe dauernd zurück mit Jugendhaar. Färbt absolut echt blond, braun, schwarz. Central-Drogerie Jentsch

Geldsuchende

Wesiger, Geschäftsleute, Beamte etc. Senden Sie Ihre Adresse an: P. Lebelt, Witten, Sa. Tel. 13 - Fahrab-Entgelt Rückporto erbeten!

Brautkleiderstoffe

die neuesten Gewebe in Wolle und Seide empfiehlt äußerst preiswert

Fedor Hahn, Pulsnitz.

Lesen Sie Meisters Buch-Roman!

Aus aller Welt.

Schweres Beramerksungsglück in Hamborn 4 Tote, 8 Verletzte

Am Dienstag nachmittag gegen 6 Uhr ereignete sich auf der Schichtanlage III-VII der Thyssen-Hütte auf der fünften Sohle ein Wasserdurchbruch, wobei 4 Bergleute den Tod fanden, während weitere 8 leicht verletzt wurden. Die Unglücksstelle konnte jedoch kurz nach dem Unglück wieder befahren werden. Die Untersuchungen der Bergbaubehörde, die sofort eingeschaltet ist, dauert noch an. Es handelt sich bei den Toten um zwei Hauer, einen Beerbauer und einen Schlepper.

Ein einziger Räuber veranbraut einen Eisenbahnzug

In der Nähe von Cheyenne im Staate Wyoming hat ein unerkannt gebliebener Räuber ein tolles Banditenstück vollführt, das an alte Zeiten des Räuberunwesens in den Südstaaten erinnert. Ein junger Mann lockerte die Schienen und mit voller Wucht raste der von Chicago kommende Expresszug in die gefährdete Stelle hinein. Der Lokomotivführer merkte aber sofort den Schaden und rief den Zug im selben Augenblick zurück. Er brachte ihn tatsächlich noch zum Stehen, aber der Halt war so plötzlich, daß mehrere Wagen aus den Schienen sprangen. Viele Fenster scheibten zerplitterten und die Fahrgäste wurden durcheinandergeschleudert, viele von ihnen auch mehr oder weniger schwer verletzt. Die allgemeine Verwirrung benutzte der Räuber, indem er mit schußfertiger Revolver den Zug durchseilte und die völlig überraschten Reisenden schwer ausplünderte. Er raffte zusammen, was er kriegen konnte, Geld, Wertgegenstände, und hatte sich längst in Sicherheit gebracht, als man an Gegenwehr dachte. Die Zugbeamten hatten nichts bemerkt, da sie voll auf damit beschäftigt waren, Warnungssignale an nachfolgende Züge zu senden.

Die Essener Explosion — ein Sprengstoffattentat?

Essen. Die Ursache des Explosionsunglücks auf dem Weberplatz in Essen ist Gegenstand eines scharfen Meinungskampfes geworden. Die gleich nach der Explosion von kriminalpolizeilicher Seite geäußerte Vermutung, daß es sich um einen verbrecherischen Anschlag handeln könne, hat sich auf Grund verschiedener Momente verdichtet. Nach Auffassung der Letzte ist die Art der Verletzung einer Anzahl der Opfer typisch für die Brisanzwirkung von Sprengstoffen. Die Umgebung des Weberplatzes ist als Schlupfwinkel nichtseueren Gefäßes bekannt. Die Kriminalpolizei ist fieberhaft bemüht, die nach der Richtung eines Sprengstoffattentats aufgetauchten Verdachtsmomente zu klären. Im übrigen wird die Möglichkeit einer Gasexplosion von der technischen Leitung der Beleuchtungswerke entschieden bestritten.

Ganz Deutschland sucht den Düsseldorf Mörder.

Düsseldorf. Am Dienstag rief eine Zeitung aus Iserlohn bei der Düsseldorf Kriminalpolizei an und teilte mit, daß einem ihrer früheren Gezer die Mordtaten zugutrauen wären. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen nach dem bezeichneten Mann eingeleitet. Aus Stettin kommt die Meldung, daß sich ein gewisser Hans Behge der Zeugenschaft an den beiden letzten Mordtaten, an der Uebermann und der Zahn, beteiligt hat. Die Düsseldorf Polizei setzte sich telephonisch mit Stettin in Verbindung und konnte bereits feststellen, daß Behge sich lediglich selbst beteiligt hat, um kostelos in das Rheinland reisen zu können. Weder die Geburtsdaten noch andere Angaben stimmen mit den tatsächlich festgestellten Verhältnissen überein. Alle bisher in der Mordtatsache verdächtigten Personen sind wieder entlassen worden.

Bulsnitzer Tageblatt

Mittwoch, 27. November 1929

Beilage zu Nr. 275

81. Jahrgang

Abkündigung des 9. November als Feiertag

Sächsischer Landtag.

(16. Sitzung.) OB. Dresden, 26. November.

Vizepräsident Dr. Gardt eröffnete die Sitzung des Sächsischen Landtages. Zunächst wird der Einspruch der kommunistischen Fraktion gegen den Ausschluß des Abgeordneten Dyk ohne weitere Aussprache gegen die Stimmen der Antragsteller zurückgewiesen. Dann tritt das Haus in die zweite Beratung der Vorlage über die

Aufhebung des 9. November als Feiertag

und die dazu vorliegenden Anträge der Deutschnationalen und Nationalsozialisten auf Aufhebung auch des Kaiserfestes ein.

Abg. Dr. Eberle (Dn.) spricht als Berichterstatter des Ausschusses. Der Ausschuss beantragt, die Vorlage der Regierung

in folgender Fassung anzunehmen:

Das Gesetz vom 4. April 1922 wird aufgehoben, soweit es den 9. November betrifft. Die Anträge über den 1. Mai sollen abgelehnt werden, ebenso der demokratische Antrag, der die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß durch Reichsgesetz unter Aufhebung aller politischen Feiertage ein deutscher Nationalfeiertag eingeführt werde.

Abg. Ebel (Soz.) erklärt als Berichterstatter der sozialistischen Fraktion, es werde nicht möglich sein, mit Hilfe der parlamentarischen Mittel dauernd den Nachanspruch der Rechte abzuwehren. Die Schuld daran, daß Probotationen überhaupt möglich seien, liege an dem unbefriedigenden Ergebnis der letzten Landtagswahlen.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) betont, seine Fraktion sei niemals für die sächsischen Sonderfeiertage gewesen. Sie habe mit den parlamentarischen Mitteln gegen sie gekämpft. Daraus folge logischerweise, daß die Fraktion der Aufhebung des 9. November zustimme. In Übereinstimmung mit der Haltung der gegenwärtigen Regierung sei die demokratische Fraktion jetzt nicht gewillt, dem deutschnationalen Antrag auf Aufhebung des 1. Mai zuzustimmen.

Abg. Schöning (Soz.) richtet lebhaft Angriffe gegen die Nationalsozialisten. Wenn der 1. Mai als Feiertag abgeschafft wird, so werde das den Sozialdemokraten nicht schaden.

Abg. Siegert (Dn.) erklärt, seine Freunde hätten die Zeit noch nicht für reif, einen nationalen Feiertag einzuführen.

Dr. Büniger erklärt zu den Ausführungen des demokratischen Redners: Die Regierung habe sich mit der Fassung des § 1 der Vorlage

nicht für den 1. Mai

ausprechen wollen. Wie er schon im Ausschuss feststellte, erkläre sich diese Formulierung nur geschichtlich. Die Regierung habe sich nur auf den 9. November beschränkt, weil dieser Tag weniger umstritten sei als der 1. Mai. Das Beste wäre es, wenn die Reichsregierung die Feiertagsfrage endgültig löse. Das Reich befaße sich bereits mit dieser Frage.

Abg. Meyer (Nat.-Soz.): Den 1. Mai können wir aus dem Grunde schon entbehren, weil die jetzige Republik nicht ernst zu nehmen ist.

Abg. Sindermann (Komm.) erklärt, der Vorstoß der Reaktion gegen den 1. Mai werde am Widerstand der internationalen Arbeiterschaft scheitern. Der Redner ergeht sich in beleidigenden Ausdrücken gegen den Landtag und wird vom Präsidenten dreimal zur Ordnung gerufen, spricht aber immer weiter, weshalb die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen und der Abgeordnete von der Sitzung ausgeschlossen wird.

Nach Wiedereröffnung erklärt Abg. Busch (Mitsoz.), der 9. November sei ein geschichtlicher Gedenktag. An dem 1. Mai dürfe nicht aerrüttelt werden.

Abg. Ebel (Soz.) ergeht sich in Beschimpfungen gegen die ehemaligen Fürstlichhäuser, worauf es zu großen Lärmereien kommt.

Abg. Hermann (Komm.) beantragt, die Sitzung zu unterbrechen und durch den Altseniensauschuss feststellen zu lassen, daß der Ausschluß des Abg. Sindermann zu Unrecht erfolgt ist. Der Antrag wird mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Altsozialisten und Demokraten angenommen, worauf der Präsident die Sitzung unterbricht. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde

die Abstimmung

vorgenommen. Zunächst wurde über den Antrag Eberle (Dn.) abgestimmt, der Aufhebung des 9. November und des 1. Mai als gesetzliche Feiertage verlangte. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Für den Antrag Eberle stimmten 41 Abgeordnete, dagegen 48. Zwei Abgeordnete enthielten sich der Stimme, fünf Abgeordnete fehlten. Sodann wurde über die Regierungsvorlage abgestimmt, welche die Aufhebung des 9. November als gesetzlicher Feiertag vorsieht. Die Regierungsvorlage wurde mit 47 gegen 41 Stimmen in zweiter Lesung angenommen. Es wurde eine dritte Lesung beantragt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erfolgt sofort die Abstimmung. Der deutschnationale Antrag auf Aufhebung beider Revolutionsfeiertage — also auch des 1. Mai — wird in namentlicher Abstimmung mit 49 gegen 41 Stimmen abgelehnt. Die Abgeordneten, die auch Mitglieder des Kabinetts sind, enthalten sich der Stimme. Sozialisten, Demokraten, Altsozialisten und Kommunisten stimmen gegen den Antrag.

§ 1 der Regierungsvorlage wird in zweiter Lesung mit 47 gegen 41 Stimmen angenommen. Damit ist der 9. November als gesetzlicher Feiertag gefallen, während der 1. Mai bestehen bleibt.

Die noch ausstehende dritte Lesung wird an dem Abstimmungsergebnis nichts mehr ändern. Es folgt die zweite Beratung der

Anträge auf Behebung der Arbeitslosigkeit.

Abg. Müller-Mittweida (Soz.) berichtet über den sozialistischen Antrag, die Regierung zur Durchführung von weitestgehenden Notstandsarbeiten zu veranlassen und weiter zu diesem Zweck zehn Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Abg. Winkler-Leipzig (D. Vp.) beantragt die Inangriffnahme der Fallsperrprojekte, insbesondere in Gottscheuba und Mügeln.

Ministerpräsident Dr. Büniger erklärt, daß das Land Sachsen bei der Durchführung der produktiven Arbeitslosenfinanzierung vom Reich abhängig sei. Die Regierung werde ihre Bemühungen fortsetzen, die für ihre Bekreibungen notwendige tatkräftige Hilfe zu finden.

Auch Abg. Dr. Büniger (D. Vp.) weist auf die außerordentlich bedeutende Wirtschaftslage Sachsens hin.

Finanzminister Weber erklärt, die Regierung habe alles getan, um Sachsen Hilfe zu bringen; aber das Reich denke nicht daran, für Sachsen irgendeine Notstandsaktion einzuleiten. Mit dieser Tatsache müsse sich die Regierung abfinden. Nächste Sitzung am Donnerstag, den 28. November.

Der Werdegang eines Pelzfelles.

Internationale Pelzfach- und Jagdausstellung 1930 in Leipzig.

Unter den großen Ausstellungen, die im kommenden Jahre in Deutschland durchgeführt werden, wird die von Ende Mai bis zum September stattfindende Internationale Pelzfach- und Jagdausstellung (Jpa) Leipzig 1930 nicht nur das Interesse der Fachleute in Anspruch nehmen, sondern in ganz besonders starkem Maße gerade auch die Aufmerksamkeit der breitesten Öffentlichkeit erregen. Sie ist die erste Pelzausstellung, die das internationale Pelzfach in

gemeinsamer Arbeit durchführt, und die einen umfassenden Überblick über den Werdegang eines Pelzfelles vom lebenden Tier über den Trapper oder Züchter, Händler, Ausrücker, Färber, Kürschner zu dem kostbaren Schmuckstück schöner Frauen bietet. Mit dieser ersten Weltschau des Pelzes wird auch eine Internationale Jagdausstellung verbunden sein. Von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung wird der mit der Jpa verbundene erste Weltpelz-Kongress sein, an dem Vertreter der wichtigen Pelzländer teilnehmen werden, um brennende Probleme des Pelzhandels zu besprechen. Von diesem Kongress erhofft man auch die Gründung eines internationalen Fachverbandes des Pelzhandels. Vor Vertretern höchster Behörden und der Presse veranstaltete das Präsidium der Jpa einen Empfang, auf dem u. a. Ministerialdirektor Boffe vom Reichswirtschaftsministerium, der sächsische Wirtschaftsminister Dr. Krug von Nidda und Falkenstein und der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Dr. Rothe, Ansprachen hielten.

Eine sonderbare Entführungsgeschichte.

Ein junger Mann verschleppt.

Eine sonderbare Entführungsgeschichte hat sich in dem an Warnsdorf grenzenden sächsischen Grenzort Leutersdorf ereignet und hält hier die Gemüter in Erregung. Der 23 Jahre alte Walter Gombert, der Sohn eines Leutersdorfer Geschäftsinhabers, war nach Ebersbach gegangen und dann über die Reichsgrenze nach Georgswalde getreten. Hier wurde er von zwei Männern zu einer Automobilfahrt eingeladen, sagte zu und wurde nun fünf Tage lang im Auto in ganz Nordböhmen herumgeführt. Es war dem jungen Mann unmöglich, sich zu befreien, bis das Auto bei Tepitz-Boreslau hielt und die Entführer zu tun hatten. Da flüchtete der junge Gombert in ein Gebüsch und versteckte sich hier. Später kam er ganz entkräftet nach Schallan in ein Haus und fand hier Aufnahme und Pflege. Man verständigte auch sofort telephonisch seine Eltern in Leutersdorf und der Vater kam im Auto nachts nach Schallan und holte seinen Sohn ab. Über die Ergebnisse ist noch nicht genug bekannt, um ein Urteil über die Beweggründe der Entführer zu finden.

Jede Familie ihre eigene Zeitung!

Das erspart Ärger und Verdruß!

Börse und Handel

Ämtliche sächsische Notierungen vom 26. November.

Dresden. Die Börse vertehrte in schwacher Haltung. Am Anlagemarkt schwächten sich Dresdener Ablösungsschuld mit Auslösungssrecht um 2 Prozent ab. Schwächer waren auch Dresdener Stadtanleihen, am meisten die 5proz. Anleihe von

Die kleine Studentin

Roman von P. Wild

Copyright by Marie Brüggemann, München.

[30]

Der Tanz begann. Ruhig, kaum bewegt und doch von verblüffender Geschmeidigkeit, einer Einheit der Bewegung, die künstlerisch harmonisch wirkte. Aus langsamem Beginn steigerte sie sich in einen Wirbel, in Raufsch und Ekstase.

In begeistertester Bewunderung staunten die Zuschauer das Wunder in der Bewegung des schönen Frauenkörpers an.

Walter Merder war nähergetreten. Um seine Begleiterin kümmerte er sich nicht mehr, seine Augen hingen mit verzehrendem Feuer an der Tänzerin, die in bewußter Koterie ihren Körper trotz der Verhüllung preisgab.

Wer war sie?

Ein Weib, ein Dämon?

Sie trat neben ihn, beugte sich jäh zu ihm nieder und zog ihn lachend tiefer in den Saal.

„Mich dürstet!“

Hingerissen von ihrer Schönheit, ihrem Temperament, begeistert von ihrem Tanz, führte er sie in ein Nebengeläß der Hölle, wo nur Raum für zwei Menschen war.

Sie saßen einander gegenüber. Ihr Klaudern fesselte ihn; es war geistreich, witzig, ironisch und kokett zugleich. Ein flackerndes Feuer war in ihren Augen. Von ihm unbemerkt, füllte sie sein Glas wieder und immer wieder. Hingegen ruhte sie an seiner Brust, und er küßte sie wild, leidenschaftlich auf's Ohr, den Nacken.

„Gib mir den Mund!“

Sie wehrte.

„Das wäre gefährlich. Die Schminke ist nicht tüchtig!“

„So sagen die Spröden, und die Dummen glauben es.“

Damit riß er sie an sich.

„Pfiu, Herr Doktor!“

„Küsse wieder, schöne Prinzessin. Ich wahre mein Maskenrecht.“

Wieder lachten seine Lippen die ihren.

„Nein!“

Sie stampfte unwillig mit dem Fuße auf. „Ich dulde das nicht, es geht zu weit.“

„Zu weit! Nimm dich in acht, sonst schlepe ich dich kurzerhand in die Hölle, wo es am heißesten ist.“

„Danke, die Temperatur hier genügt mir!“

„Gott sei Dank, mir auch!“

Die Möbe im weißseidenen Gewand und den dunkelgetönten Fittichen stand flügelahm einsam mitten im Saal. Sie sah mit großen, traurigen Augen dem Teufel nach, der mit der Tänzerin davongegangen war.

„Beate von Sundwig“, murmelte sie vor sich hin.

„Na, so allein? Das ist nicht gut für eine kleine Möbe. Bedenke, wenn es Sturm gibt! Du siehst aus, als hättest du dich verslogen, bist vielleicht zum ersten Male aus dem Nest heraus, he?“

„Lassen Sie mich!“

„Denke nicht daran! Ich bin Tierliebhaber, ein fahrender Ritter. Die kleine Möbe muß Atemzug haben, den gibt es dort im Schwalbennest. Komm mit!“

Doktor Verchner war es in glänzender Ritterrüstung.

„Ich möchte nach Hause, Herr Doktor!“

„Herr Doktor, das gibt es hier nicht. Ich bin Ritter Heinrich von der Vogelweide, und diese kleine Möbe ist mir ins Netz geraten; nun muß ich sie hüten und pflegen. Du bist nicht hergekommen, um just in dem Augenblick wieder zu gehen, wo es anfängt nett zu werden. Wer bist du?“

„Was tut mein Name!“

„Also, kleine Möbe, der Herr Heinrich hat sich stets für alle Vogelarten interessiert, das weiß jeder Quartaner,

wenn er deutsche Literaturgeschichte lernt, was ja nicht immer der Fall ist. Ich kenne dich übrigens doch, trotz der Maske, Helga Koelsch.“

„Aber woher wissen Sie?“

„Dichtergeheimnis. Die ahnen immer mehr als andere wissen. Solch Dichterauge sieht auch unter die Maske bis ins enttäuschte Herz. Soll ich dir ein Märchen erzählen?“

Zweifelnd sah sie ihn an.

„Es war einmal ein häßlicher roter Teufel, der hatte seine langen Krallen um ein kleines Vogelweib gelegt, es verwundet; da kam ein fremder Vogel... und er vergaß das kleine Vögelchen und flog davon. Ist es so?“

Sie schüttelte den Kopf und wunderte sich doch, woher er das alles wußte.

„Fliegen wir ins Schwalbennest!“

Sie nippte kaum an dem angebotenen Getränk, sondern starrte gedankenvoll vor sich hin.

Ohne Einleitung meinte sie:

„Ich passe gar nicht hierher, Herr Doktor. Ich habe das gleich gesagt; ich wollte auch gar nicht mitkommen, doch...“ Da hätte sie beinahe ihr Geheimnis preisgegeben. So lenkte sie ein: „Ich sollte mir doch ein Bild vom rheinischen Karneval machen.“

„Hat er Sie enttäuscht?“

„Vielleicht, doch wenn, so liegt es an mir. Alle anderen sind lustig; erst war ich es ja auch, doch auf einmal komme ich mir hier so überflüssig zwischen den vielen Menschen vor.“

„Ueberflüssig! Im Gegenteil. Sehen Sie, ich bin auch ganz allein.“

„Sie mokieren sich über mich.“

„Nein, dazu ist Walter von der Vogelweide nicht hergekommen. Wollen Sie nicht ein gutes Wort am heutigen Abend tun?“

„Das wäre?“

„Mich behüten.“



1928. Von Bankaktien waren Commerz- und Privatbank 3, Darmstädter Bank und Dresdner Bank je 2 und Braubank 1,75 Prozent niedriger. Reichsbank wurden im amtlichen Verle...

Leipzig. Die Tendenz an der Börse war schwach, es wurden teilweise erhebliche Kursabschläge beobachtet. Danabank...

Wovon man spricht.

Das Durchschnittseinkommen von 72 000 Mark. — Ein Feind, der 10 Armeekorps wert war. — Der blaue Dunst wird teurer. — Zu viel Menschen oder zu wenig Parteien?

Es herrscht wohl allgemeines Einverständnis darüber, daß es heutzutage in Deutschland schwer hält, sich mit einem Durchschnittseinkommen durchzuschlagen; was aber als „Durchschnittseinkommen“ aufzufassen ist — darüber gehen die Ansichten weit auseinander. Auch die, deren Einkommen eine schwindelnde Höhe erklettert hat, bringen zuweilen nur mit Ach und Krach ihre Einnahmen und Ausgaben in Einklang.

Es ist eine Seltenheit, daß über den Charakter und die Persönlichkeit eines Politikers bei Freund und Feind eine derartige Einmütigkeit herrscht, wie sie anlässlich des Todes des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Clemenceau zutage getreten ist.

verloren 4, Commerzbank 3, Polypbon 6, Leipziger Bier 3,5, Mittelweider Baumwolle 3, Thüringer Gas 3,5 Prozent. Gut behauptet waren die Kurse am Anleihemarkt.

Leipzig. Das Geschäft an der Börse war etwas lebhafter als an den vorhergehenden Tagen; mehrfach konnte die Nachfrage nicht befriedigt werden. Bei Maschinen- und Textilwerten gingen die Kursveränderungen meist nur bis 1 Prozent, Bankwerte und die Diverse hatten dagegen Verluste bis zu 4 Prozent zu verzeichnen.

Leipziger Produktenbörse. Preise: Weizen, inl., 74,5 Kg. 239—245; Roggen, hief., 70 Kg. 185—189; Sandroggen, 71 Kg. 181—185; Sommergerste, inl. 210—225; Wintergerste 176 bis 185; Hafer 165—175; Mais, amerik. 203—205; Mais Cinquantino 218—225; Raps 340—355; Erbsen 290—320. Die amtlichen Notierungen lauten für prompte Ware Parität frachtfrei Leipzig. — Alles bezahlt und Brief.

über einer geschichtlichen Persönlichkeit vom Formate eines Clemenceau und wie kurzzeitig erscheinen einem die Menschen, die mit der Regeldetri die Probleme der Staatsführung und der Staatsordnung lösen wollen. Wenn ein Mann unter Umständen zehn Armeekorps aufwiegt, so wird er sich — er sei unser Freund oder Todfeind — den Teufel darum scheren, ob man ihn mit all den anderen über einen Kamm scheren will: seiner geschichtlichen Sendung gemäß wird er vor aller Welt den Beweis liefern, daß nicht die Gleichung 2 x 2 = 4 gilt, sondern die Gleichung 1 = 1 000 000.

Böse Gerüchte schwirren durch die Luft: die Tabak-, insbesondere die Zigarettensteuer, soll erhöht werden. Im Gegensatz zu vielen anderen Gerüchten haben die Gerüchte über bevorstehende Steuererhöhungen bisher noch stets die fatale Angewohnheit gehabt, sich zu bewahrheiten. Die Mehreinnahme, die durch die Steuererhöhung erzielt werden soll, wird auf 200 Millionen geschätzt. Nun haben derartige Prophezeiungen über die Höhe der voraussichtlichen Steuererträge bisher allerdings stets die fatale Angewohnheit gehabt, sich nicht zu bewahrheiten, aber unverrückbar bleibt die alte Erfahrung, daß der Unmut der von der Steuer Betroffenen nicht etwa den höheren oder niedrigeren Steuererträgen, sondern einzig und allein der Festigkeit der gegen ihren Geldbeutel gerittenen Attacke direkt proportional ist und daß diese Attacke recht heftig ist, geht aus den bisher veröffentlichten Zahlenreihen und Prozentangaben deutlich hervor.

Die verflorenen Kommunalwahlen in einer Reihe der Länder haben es mit erschreckender Deutlichkeit vor Augen geführt, daß zahlreiche Kategorien von Menschen in Deutschland keine geeignete Interessenvertretung besitzen. Tausende und aber Tausende finden keinen beredeten Anwalt, der von der Tribüne der Öffentlichkeit verkündet, was sie zu leiden haben und was ihre Herzen bewegt. Von allen verlassen, müssen sie im Bußen bewahren, was sie doch nur zu gern in alle Welt hinausgeschrien hätten, damit man ihre lebenswichtigen Interessen berücksichtige. Da lesen wir, daß in einem Städtchen eine Partei der Ziegenzüchter und in einem anderen eine Partei der „Hausbesitzer mit Zentralheizung“ und der „Hausbesitzer ohne Zentralheizung“ aufmarschiert sei. Wo aber bleiben die Parteien der Kaninchenzüchter, der Kanarienvogel-Besitzer, der Kerpelz-Träger, der Hausbesitzer mit Glad-, Spitz- und mit schiefen Dächern, wo die Parteien der Raucher der Zigarette Hulla-Bulla und der Besitzer der Fahrrad-Blitz-Fix? Es ist ein Jammer, daß die deutschen Parlamentsgebäude nicht die gesamte deutsche Bevölkerung beherbergen können. Solange wir noch weniger Parteien als Menschen haben, werden in den Parteien anscheinend immer zu wenig Menschen sein.

Berliner Börse vom Dienstag.

Die Börse am Dienstag eröffnete außerordentlich schwach, die Kursrückgänge betragen etwa 1 bis 8 Prozent. Das an den Markt kommende Material stammte in erster Linie aus Creditinstituten, die, wie es scheint, für die leghin in Schwierigkeit geratenen Bankfirmen vorgekommen sind. Daneben dürften auch Abgaben vom Publikum, das reptomüde geworden ist, vorgenommen worden sein. Die Aufnahmefähigkeit war außerordentlich gering, eine fühlbare Interventionsfähigkeit der Banken trat erst nach Feststellung der ersten Kurse ein, zu denen Creditinstituten ausgeführt werden. Daraufhin und unter dem Eindruck der weiteren Aufwärtsbewegung der Reichsbankanteile konnte sich dann eine Erholung durchsetzen, die aber von neuen Zwangsverkäufen zum größten Teil wieder verloren ging.

Berliner Produktenbörse: Schwantend.

Nachbarslich war am Montag die Marktlage infolge schwächerer Auslandskursmeldungen auch wieder matter. Am Dienstag früh hielt diese Stimmung noch an, um gegen Mittag mit dem Eintreffen feheerer englischer Meldungen gleichfalls mit höheren Preisen einzufahren.

Amliche Notierung der Mittagsbörse ab Station Mehl und Kleie brutto einchl. Sack frei Berlin

Table with 4 columns: Quantity (1000 kg, Weiz. märk., Dez., März, Mai), Price (26.11.29, 25.11.29), Quantity (100 kg), Price (26.11.29, 25.11.29). Rows include Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, and various types of flour and bran.

Berliner Butterpreise. Amliche Notierung im Verleher zwischen Erzeuger und Großhandel, Fracht und Gebinde geben zu Käufers Lasten: 1. Qualität 186; 2. Qualität 169; abfallende Sorten 153. Tendenz freundlich. (Ohne Gewähr.)

Berliner Schlachtwiechmarkt. (Amliche.) Auftrieb: Rinder 1494, darunter Ochsen 201, Bullen 387, Kühe und Färren 906, Kälber 2500, Schafe 2832 (zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 733), Schweine 13739 (zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 2292), Auslandschweine 3767. Verlaufs: bei Rindern in guter Ware glatt, sonst ruhig; bei Kälbern ruhig; bei Schafen langsam; bei Schweinen langsam, bleibt Ueberstand. Preis: Ochsen: a) 59—63, b) 55—58, c) 49—55, d) 40—46; Bullen: a) 56—58, b) 53—55, c) 50—52, d) 42—49; Kühe: a) 45 bis 49, b) 33—43, c) 28—32, d) 22—26; Färren: a) 55—57, b) 47 bis 52, c) 35—45; Fresser: 40—47; Kälber: b) 88—97, c) 65—86, d) 48—63; Schafe: a) 67—70, b) 56—65, c) 42—48, d) 42 bis 50, d) 35—40; Schweine: a) 75—76, b) 75—77, c) 74—76, d) 70—73, e) 65—69; Sauen: 64—65. (Ohne Gewähr.)

Berliner amliche Notierung für Raufutter. Drahtgepreßtes Roggenstroh (Quadratballen) 1,30—1,55; drahtgepreßtes Weizenstroh (Quadratballen) 1,25—1,40; drahtgepreßtes Haferstroh (Quadratballen) 1,20—1,40; drahtgepreßtes Gerstenstroh (Quadratballen) 1,20—1,35; Roggen-Langstroh (zweimal mit Strohh gebündelt) 1,45—1,60; bindfadengepreßtes Roggenstroh 1,30—1,40; bindfadengepreßtes Weizenstroh 1,20—1,30; Häcksel 2,00—2,20; handelsübliches Heu, gefund und trocken, nicht über 30 Prozent Belag mit minderwertigen Gräsern 2,90—3,30; gutes Heu, desgl., nicht über 10 Prozent Belag 3,40—4,00; Schmotze, lose 4,50—5,00; Kleehau, lose 4,40—4,90; Melch-Heu, lose, Wartpe 2,60—3,00; Savel 2,50—2,80; drahtgepreßtes Heu 40 Bq. über Notiz. Die Preise verstehen sich als Erzeugerpreise ab märkischen Stationen, frei Wagon für 50 Kilogramm in Markt. (Ohne Gewähr.)

Sonne und Mond.

28. November: Sonne: U. 7.45, U. 15.50; Mond: U. 4.26, U. 14.36.

Die kleine Studentin

Roman von P. Wild Copyright by Marie Brüggmann, München.

Nun mußte sie doch lachen. Der Gedanke, daß sie diesen Doktor Verchner behüten solle, war zu drollig. „Wenigstens können Sie noch lachen“, bestätigte er zufrieden, „wenn es auch auf meine Kosten geht, was immerhin beschämend ist.“

fluchtartig das Zelt, durchjagte den Saal, holte ihre Garderobe und fuhr heim. Vorwürfe peinigten sie, daß sie Walters Worten geglaubt hatte, mit ihm zum Ball gegangen war. Ein schmerzlicher Gedanke. Warum mußte diese Beate von Sundwig wieder im entscheidenden Augenblick ihren Weg kreuzen. War das Zufall oder... Absicht? Doch wie sollte das möglich sein!

irgend etwas. Nachdenklich schaute er vor sich hin; da summt es neben ihm: „Die Männer sind alle Verbrecher, Ihr Herz ist ein finsternes Loch, Es hat gar viele Gemächer...“

